



Sessionsbericht

Nr. 1 / Winter 2019

Ihr EVP Team im Nationalrat

Marianne Streiff BE	marianne.streiff@parl.ch	079 664 74 57
Nik Gugger ZH	nik.gugger@parl.ch	079 385 35 35
Lilian Studer AG	lilian.studer@parl.ch	076 575 24 77

Liebe Leserin, lieber Leser

Nach einem erfolgreichen Wahlkampf für die EVP starten wir gestärkt in die 51. Legislaturperiode. Besondere Freude macht uns, dass wir nun nicht mehr zu zweit, sondern zu dritt die EVP in Bern vertreten dürfen. Wir wollen uns deshalb nochmals bei allen für Ihre Unterstützung bei diesen Wahlen bedanken und freuen uns auf die nächsten Sessionen dieser Legislatur. Ebenfalls erfreulich für uns ist, dass eine neue «Mitte Fraktion CVP-EVP-BDP» gegründet werden konnte. Zusammen mit der CVP und der BDP gehören wir nun zur drittstärksten Kraft im Nationalrat. Vor allem bei anspruchsvollen Themen wie der Altersvorsorge, Gesundheitskosten oder das Verhältnis zur EU wird dies wichtig sein.

Neben Herzensangelegenheiten wie die Wahl des Bundesrates oder der Pflegeinitiative standen auch polarisierende Themen wie die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge oder Lobbyismus auf der Traktandenliste. Wie immer fassen wir einige Themen in diesem Bericht zusammen. Wir wünschen Ihnen viel Spass beim Lesen.

Mit den besten Wünschen für die restliche Adventszeit, die Festtage und einen geruhsamen Jahreswechsel!



Die drei EVP-Nationalratsmitglieder: Marianne Streiff, Nik Gugger und neu Lilian Studer.

In diesem Bericht:	Seite
Bundesratswahlen	2
IV Weiterentwicklung	2
Kampfflugzeuge	2
Pflegeinitiative	3
Überbrückungshilfe für bedürftige Parlamentarier	4
Raumplanungsgesetz	4
Verschärfungen beim Zivildienst	5
Lilians Résumé	5
Vorstösse	5

Bundesratswahlen

Die Vereinigte Bundesversammlung hat – wie gewohnt am Mittwoch der zweiten Sessionswoche nach Legislaturbeginn – sämtliche Mitglieder des Bundesrats im Amt bestätigt. Die Kampfkandidatin Regula Rytz von den Grünen hatte keine Chance. Auch wir unterstützten die Wahl der Bisherigen. Der Anspruch der Grünen auf einen Sitz im Bundesrat ist zwar berechtigt. Doch derart kurzfristig wirft man ein bewährtes System nicht einfach über den Haufen. Es braucht jetzt parteiübergreifende Gespräche, wann und wie man künftig klare Veränderungen des Wählerwillens in der Zusammensetzung der Landesregierung umsetzen will. Als EVP-Nationalratsdelegation gratulieren wir unseren Bundesrätinnen und Bundesräten sowie dem Bundeskanzler herzlich zur Wiederwahl. Wir wünschen ihnen für ihre herausfordernde Aufgabe viel Weisheit, Kraft und Gottes Segen. Auch entbieten wir ihnen unseren aufrichtigen Dank für die gute Zusammenarbeit.

IV-Weiterentwicklung

Der Nationalrat hat mit den Stimmen der EVP-Ratsmitglieder entschieden, dass IV-Rentnerinnen und Rentner für ihre Kinder nicht weniger Geld erhalten sollen. Er verzichtet in seiner neuen Zusammensetzung nach den Wahlen darauf, die Kinderrenten von 40 auf 30 Prozent einer IV-Rente zu kürzen und räumt damit eine Differenz zum Ständerat aus. Künftig soll die Kinderrente «Zusatzrente für Eltern» heissen.

Kampfflugzeuge

Der Nationalrat hat im Grundsatz dafür gestimmt, dass neue Kampfflugzeuge für die Schweizer Luftwaffe angeschafft werden. Diese dürfen maximal 6 Milliarden Franken kosten. Während Grüne und SP das Geschäft aus grundsätzlichen Überlegungen ablehnten, stimmte die GLP, SVP, BDP, CVP und FDP sowie auch die EVP klar für die Neubeschaffung. Diese ist aus unserer Sicht notwendig, um die Luftwaffe und deren Auftrag unter anderem auch als Luftpolizei funktionsfähig zu erhalten. Umstritten war der Anteil an Kompensationsgeschäften. Bei Rüstungsbeschaffungen wird in der Regel das ganze ins Ausland vergebene Vertragsvolumen durch Aufträge in der Schweiz ausgeglichen und würde dafür sorgen, dass die 6 Milliarden Franken wieder in die Schweiz zurückfliessen. Allerdings verteuern diese Offset-Geschäfte jede Beschaffung, je nach Quelle bis zu 20 Prozent. Je mehr Offsets wir verlangen, desto weniger Kampfflugzeuge können gekauft werden. Aus diesem Grund und wegen der enormen Vertragssumme unterstützen wir und die Mehrheit im Nationalrat den Kompromissvorschlag von «unserer»



Bundesrätin Viola Amherd, lediglich 60 Prozent des Vertragsvolumens zu kompensieren.

Ein höherer Anteil käme nach unserer und Bundesratsicht einer Industriesubvention gleich. Der Ständerat beschloss zunächst eine vollständige Kompensation und liess sich dann im Sinne eines Kompromisses auf 80 Prozent Offset-Geschäfte ein. Da der Nationalrat jedoch nicht einlenkte, einigte man sich schliesslich doch noch an der Einigungskonferenz auf 60 Prozent. In der Schlussabstimmung stimmte der Nationalrat mit 122 Ja zu 66 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen schliesslich zu. Der Entscheid über den Flugzeugtyp liegt beim Bundesrat. Da die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee bereits angekündigt hat das Referendum zu ergreifen, wird das Volk 2020 das letzte Wort haben.

Pflegeinitiative

Der Nationalrat hat in einer langen und lebhaften Debatte die Pflegeinitiative und einen indirekten Gegenvorschlag dazu beraten. Der Berufsverband der Pflegefachfrauen und -männer fordert mit der Pflegeinitiative mehr Pflegepersonal und eine Stärkung der Pflege. Die nationalrätliche Gesundheitskommission (SGK) stellte der Initiative einen indirekten Gegenvorschlag gegenüber. Ziel des Gegenvorschlags ist es, mit einer Ausbildungs-offensive den Mangel an Pflegefachpersonen zu mildern und die Attraktivität des Pflegeberufs dank zusätzlichen Kompetenzen zu steigern. Zudem kommt er im zentralen Punkt, nämlich der Möglichkeit für Pflegende, Leistungen direkt mit den Kassen abzurechnen, den Initiantinnen und Initianten entgegen. Marianne unterstrich in ihrem Votum, dass Lebensgestaltung im Alter ein Schwerpunktthema der EVP sei: «Wir wollen eine qualitativ hochstehende Pflege, die für alle bezahlbar bleibt und die Patientensicherheit gewährleistet.» Investitionen in der Pflege sind nötig, um die Kostenexplosion nachhaltig zu dämpfen. Die breite Unterstützung der Pflege-Initiative durch unterschiedliche Organisationen – zum Beispiel die Krebsliga, der Patientenschutz, Pharmasuisse oder die Haus- und Kinderärzte – zeigt, wie wichtig eine grundsätzliche Änderung der Gesetzgebung im Bereich der Pflege ist. Wir von der EVP unterstützen die Anliegen der Volksinitiative. Wir wären froh, wenn möglichst viele Punkte davon in den indirekten Gegenvorschlag aufgenommen würden, damit keine Verfassungsänderung nötig wird. Wie das dann nach der Beratung im Ständerat aussieht, wird sich zeigen. Der Nationalrat empfiehlt die Initiative mit 107 zu 82 Stimmen bei 6 Enthaltungen zur Ablehnung. Mit 124 zu 68 Stimmen bei 4 Enthaltungen hingegen hat er den Gegenvorschlag angenommen. Wir stimmen zu beidem Ja. [Votum Marianne >>>](#)

Lobbying

Der Nationalrat sprach sich – anders als in den Jahren zuvor – für mehr Transparenz bei den Lobbyisten aus. Noch im Juni sprach sich der Nationalrat bei der gleichen Vorlage dafür aus, gar nicht erst darauf einzutreten, sprich das Geschäft diskussionslos zu versenken. Wir begrüssen diesen Kurswechsel des Parlaments und haben bei 107 zu 66 Stimmen dafür gestimmt.



Überbrückungshilfe für bedürftige Parlamentsmitglieder - Kürzung

Seit ihrer Einführung im Jahre 2003 besteht für Ratsmitglieder nach einer Abwahl oder nach einem Rücktritt bei Bedürftigkeit die Möglichkeit einer Überbrückungshilfe. Auf Gesuch hin konnte diese während längstens zwei Jahren ausgerichtet werden. Die Höhe entsprach maximal der einfachen AHV-Rente (2019: max. Fr. 2'370.- pro Monat). Mit einer parlamentarischen Initiative aus dem Jahre 2016 verlangte die damalige Nationalrätin Nathalie Rickli die Abschaffung dieser finanziellen Unterstützung – mit der berechtigten Begründung, dass Parlamentarier damit bessergestellt würden als andere Arbeitslose. Gemeinsam mit einer Kommissionsminderheit aus SP, Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP), Grünen und GLP konnte Marianne in der staatspolitischen Kommission als Brückenbauerin aktiv werden und einen Kompromiss vorschlagen: Die Überbrückungshilfe wird nur noch sechs Monate ausbezahlt, und zwar nur bei Bedürftigkeit oder nach einer Nicht-Wiederwahl eines Parlamentsmitglieds. Und dies auch nur, wenn gleichzeitig keine Gelder der Arbeitslosenversicherung bezogen werden. Dieser Minderheitskompromiss fand im Rat schliesslich eine Mehrheit. Nun ist der Ständerat am Zug. [Votum Marianne >>>](#)

Raumplanungsgesetz

Nach wie vor nehmen die Siedlungsflächen ausserhalb der Bauzonen zu. Bereits 37 Prozent aller Siedlungsflächen liegen ausserhalb der Bauzonen. Deshalb hat der Bundesrat vorgeschlagen, das Raumplanungsgesetz (RPG) zu ändern. Da es sich um die zweite Revision innert einiger Jahre handelt, wird sie «RPG2» genannt. Das grosse Problem des weiter zunehmenden Bauens ausserhalb der Bauzonen muss unbedingt angegangen werden. Doch die vom Bundesrat vorgeschlagene Lösung wird aus Sicht des Umwelt-, Natur und Landschaftsschutzes sehr kritisch beurteilt. Je nach Ausgestaltung der Details der neuen Gesetzesstellen, könnte die Revision sogar zu einer unerwünschten noch weitergehenden Bautätigkeit ausserhalb der Bauzonen führen. BirdLife Schweiz, Pro Natura, die Stiftung Landschaftsschutz und der Schweizer Heimatschutz haben deshalb die Landschaftsinitiative lanciert, die das Bauen ausserhalb der Bauzonen klar beschränken will. Die Umweltkommission UREK hatte Nicht-Eintreten auf RPG2 empfohlen. Die Umweltallianz hatte keine Abstimmungsempfehlung abgegeben.

Wir folgten in der Abstimmung der Empfehlung der vorberatenden Kommission und stimmten für Nichteintreten.



Das fand dann auch eine deutliche Mehrheit mit 108 Stimmen zu 83 bei 6 Enthaltungen. Nach unserer Beurteilung ist der Entwurf des Bundesrates zu weit von dem entfernt, was zur Eindämmung des Bauens ausserhalb der Bauzonen nötig ist. Es braucht vom Bundesrat einen von Grund auf neuen Vorschlag.

Unnötige Verschärfung beim Zivildienst

Der Zivildienst sei zu attraktiv und das Militär leide darunter. Dies war das Hauptargument des Bundesrates und der Mehrheit des Nationalrates für das Eintreten auf die Gesetzesrevision und Annahme der Vorlage. Insbesondere wollte man Verschärfungen bei Personen, welche die Rekrutenschule, aber auch weitere Dienstage im Militär schon absolviert haben und den Rest ihrer Dienstpflicht im Zivildienst tätigen möchten. Auch Auslandsinsätze wollte man verbieten. Personen mit einem begonnenen oder abgeschlossenen Human-, Zahn-, oder Veterinärdienst dürfen keinen Zivildienst mehr leisten. Gegen das Eintreten votierte ich für die EVP und eine weitere Minderheit der Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP sowie die GLP, die Grünen und die SP.

Die Überzeugung der EVP ist, dass es eine starke, attraktive und insbesondere wirkungsvolle Armee braucht. Es ist aber die falsche Lösung, dafür den Zivildienst zu schwächen. Im Gegenteil, das Militär gewinnt nichts, wenn man die Zulassung zum Zivildienst verschärft. Der «blaue Weg», also der medizinische Ausstieg oder dann unmotivierte Weiterdienende, darf kein Ziel sein. Wichtiger ist, dass alle eine Dienstpflicht, sei es in der Armee, im Zivildienst oder Zivilschutz, leisten. Drei Stimmen fehlten, um das Eintreten abzuwenden. Bei der Detailberatung folgte man dem Ständerat, der die Auslandsinsätze nicht verbieten wollte. Zudem gab es eine Verbesserung seitens des Nationalrates, der die Wartezeit von 12 Monaten aufgehoben hat, wenn eine Person schon in die Armee eingeteilt wurde. Somit folgt noch eine Differenzbereinigung im Ständerat in der Frühlingssession. Ein Referendum und somit ein Abstimmungskampf ist wahrscheinlich. [Votum Lilian >>>](#)

In dieser Session eingereichte Fragen und Vorstösse:

Marianne Streiff

Motion: Kreislaufwirtschaft: Längere Gerätelebensdauer durch höhere Garantiefristen

Interpellation: Chinesische Zugangsbeschränkungen zum Tibet («Reciprocal Act»)

Résumé zur ersten Session von Lilian Studer

Das erste Votum habe ich gehalten, die ersten Vorbereitungen für einen Vorstoss schon getätigt und die ersten Schulklassen schon begrüsst. Die legendären Gespräche in der Wandelhalle duften auch nicht fehlen und zwischendurch auch nicht einen Spurt, um die Abstimmungen nicht zu verpassen. Das Jonglieren aller Termine bleibt eine Herausforderung, auch die diversen Abläufe werden noch eine Weile nicht klar sein. Dies ein kurzes Résumé meiner drei wöchigen Amtszeit. Highlights waren sicher meine Verteidigung wie auch die Gesamterneuerungswahlen des Bundesrates. Doch das Kennenlernen meiner Mitkollegen und -kolleginnen und erste politische Anliegen mit ihnen zu besprechen, auch dies war für mich zentral. Für Marianne und Nik bin ich enorm dankbar. Einerseits für ihre Einführungen in den Bundesbetrieb, andererseits für Ihre Freundschaft. Ich bin auf alle Fälle gespannt, was noch auf mich zukommt.



Interpellation: Ist die Organentnahme nach Herz-Kreislaufstillstand legal?

[Link Vorstösse >>>](#)

Nik Gugger

Motion: Umweltverträgliche Zigarettenfilter

Postulat: Die Schweiz braucht eine Afrika-Strategie

Interpellation: Wie viel Zucker soll in Zukunft in der Schweiz noch produziert werden – und wie?

Interpellation: Chinesische Aktivitäten zur Überwachung und Einflussnahme in der Schweiz

Interpellation: Die Hochschulen positionieren sich mit zahlreichen Initiativen im zukunftsweisenden Bereich der Nachhaltigkeitsforschung und Lösungsentwicklung – wie steht es um die Anschlussfähigkeit von Gymnasium, Berufsschule und Volksschule?

Frage an Bundesrat: Gibt es bei der Revitalisierung Kreditreste, oder müssen Nachtragskredite gestellt werden?

Frage an Bundesrat: Wie oft verschiebt der Bundesrat den Widerruf von Chlorothalonil noch?

[Link Vorstösse Nik >>>](#)

Lilian Studer

Interpellation: Polydisziplinäre IV-Gutachten: Kriterien für die Anerkennung von Gutachten

Interpellation: Klärung des Vorgehens "Überprüfung von Gutachten"

[Link Vorstösse Lilian >>>](#)

Frohe Festtage und ein gesegnetes neues Jahr!



Impressum:
Verfasst und gestaltet von
Nik Gugger,
Marianne Streiff und
Lilian Studer

Versand: Geschäftsstelle
der EVP Schweiz

